



Presseinformation

Nr. 19 / 2013

Kiel, Freitag, 18. Januar 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Innen / Mitbestimmungsgesetz

Wolfgang Kubicki: Mitbestimmungsgesetz löst Konnexität aus!

Über die heutige öffentliche Berichterstattung zum von der Koalition eingebrachten Mitbestimmungsgesetz erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Selbstverständlich lösen die weitergehenden Regelungen der Koalition Konnexität aus. Wer die Anzahl der Personalratsmitglieder erhöht und zugleich auch die Zahl der freigestellten Tage für Fortbildung und Konferenz, steigert auch die Kosten. Was auch sonst? Wer einer Konferenz beiwohnt, kann nicht seine gewöhnliche Tätigkeit ausführen. Diese muss durch zusätzliche Arbeitsstunden anderer Kollegen aufgefangen werden. Das ist im öffentlichen Dienst nicht anders als in der freien Wirtschaft. Die Arbeit fällt an, unabhängig wie viele Beschäftigte anwesend sind oder nicht. Die Kostenaufstellung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände erscheint plausibel.

Dass das Mitbestimmungsgesetz Konnexität auslöst, hat auch der Wissenschaftliche Dienst in seiner Stellungnahme (Umdruck 18/626) klargestellt. In der Stellungnahme heißt es:

*„Vorliegend werden den Gemeinden und Gemeindeverbänden hinsichtlich der gebildeten Personalräte verbindliche Vorgaben gemacht, die aufgrund des erweiterten Freistellungsanspruchs einer größeren Anzahl von Mitarbeitern eine zusätzliche Belastung darstellen. Es handelt sich also um eine **zusätzliche Inpflichtnahme hinsichtlich des Aufgabenstandards**. Der Gesetzentwurf zum Mitbestimmungsgesetz löst daher durch die Festlegung kostenträchtiger Standards dem Grunde nach Konnexität aus.“*

Die Koalition wollte dieses Gesetz und war sich der Folgen bewusst. Deshalb muss sie den Kommunen die tatsächlichen Mehrbelastungen auch finanziell ersetzen. Alles andere würde gegen die Landesverfassung verstoßen.“

Link zur Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienst:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0600/umdruck-18-0626.pdf>